

30/X. 1915.

Das Zentrum gegen die Nahrungsmittel- politik der Regierung.

Der Reichsausschuß der deutschen Zentrumspartei hat auf seiner Tagung in Frankfurt am Main eine Eingabe an den Reichskanzler beschlossen, welche in nachdrücklicher Weise weitergehende Maßnahmen des Reichsamts des Innern zur Sicherung der Volksernährung verlangt. Die Eingabe hat folgenden Wortlaut:

Der Reichsausschuß der deutschen Zentrumspartei hat einstimmig sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß es mit den bisher vielfach zu spät getroffenen Maßnahmen des Bundesrats nicht gelungen ist, eine tief zu beklagende Steigerung der Preise notwendiger Lebensmittel und Gegenstände des täglichen Verbrauchs hintanzuhalten.

Eine Zentralsstelle für Lebensmittelversorgung unter Zuziehung von Reichstagsabgeordneten, in ähnlicher Form wie sie von der Zentrumsfraktion des Reichstages bei den Tagungen im März und August 1915 beantragt war, ist gebildet. Der Reichsausschuß fordert mit stärkstem Nachdruck, daß der Bundesrat nunmehr schleunigst die ihm vom Reichstag gegebene Vollmacht benützt, um die täglichen Nahrungsmittel und sonstige Bedarfsgegenstände zu mäßigen Preisen den Konsumenten zugänglich zu machen, auch für diesen Zweck den Kommunen und kommunalen Verbänden ausreichende Vollmacht und energische Anweisungen zu geben.

In erster Linie hätte die Versorgung der ärmeren Volksschichten aus der ungemein reichen Kartoffelernte des Jahres 1915 zu Preisen, die annähernd den in Friedenszeiten üblichen gleichstehen, erwartet werden können. Die der vorhandenen Menge ungeachtet forthin steigenden Kartoffelpreise lassen auf Fehler in der Organisation schließen. Der Reichsausschuß hält die Bundesratsverordnung vom 9. Oktober 1915 zur Erreichung des Zieles nicht für ausreichend, namentlich nicht, weil die Verfrachtung sich nur auf 10 v. H. der Kartoffelernte und auf Kartoffelerzeuger mit mehr als 10 Hektar Kartoffelanbauflächen bezieht. Er hält in beiden Beziehungen eine weitergehende Verfrachtung unter Freilassung nur der kleineren Betriebe für geboten, wenn dem bestehenden Notstand abgeholfen werden soll.

Seitens der Eisenbahnverwaltung ist dafür zu sorgen, daß zur Heranschaffung ausreichender Kartoffelmengen aus den Produktionsgebieten das nötige Wagenmaterial, unbeschädigt der Zwecke der Landesverteidigung, zur Verfügung gestellt wird.

Zu prüfen ist insbesondere auch, ob nicht der sogenannte Mehlannteil auf den Kopf der Bevölkerung angesichts der vorhandenen Bestände allgemein, unter besonderer Berücksichtigung der schwer arbeitenden Kreise schon jetzt eine weitere Erhöhung erfahren kann.

Zur Beseitigung der übermäßigen Steigerung der Preise der Lebensmittel, insbesondere Fleisch, Butter, Milch, Fett, hält der Reichsausschuß eine behördliche Regelung des Verbrauchs durch Maßnahmen, welche die gerechte Verteilung der vorhandenen Vorräte gewährleisten, für dringend erforderlich.

Wie unsere Leser aus unseren wiederholten ausführlichen Darlegungen wissen, decken sich diese Ausstellungen und Forderungen des Zentrums durchaus mit den unseren. Auch sucht die Erklärung des Reichsausschusses der Zentrumspartei die Schuld und Fehlerquelle in derselben Richtung und an derselben Stelle wie wir.